Über die Tätigkeit von Minna Faßhauer mit und in den Organisationen der Arbeiterschaft haben wir in den vorhergehenden Berichten schon einiges erfahren. Alles was diese anpackten war der Überwachung und Verfolgung des äußerst reaktionären Adels und seiner Handlanger in den Braunschweiger Ministerien unterworfen. Eine große Rolle spielte in diesen Jahren die Braunschweiger Jugend, vor allem der „Bildungsverein jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter“. Neben dem antimilitaristischen Kampf strebte die Jugend ebenso wie die Arbeiterschaft die Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts an.

**Auch die Jugend organisiert sich**

Die Wahlrechtsdemonstrationen, an denen regelmäßig eine Anzahl Jugendlicher teilnahm, führten häufig zu Zusammenstößen mit der Polizei. Diese Jugendlichen forderten 1907 die Partei zur Schaffung einer Jugendorganisation auf. So wurde in Braunschweig, wie in anderen Städten, eine selbständige Arbeiterjugendorganisation geschaffen. Grundlage für die Arbeit war die Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus“ von Karl Liebknecht, für die er 1906 zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war.

1908 nach Inkrafttreten des Vereins- und Versammlungsgesetzes, fand in Nürnberg unter der Leitung Clara Zetkins eine Frauenkonferenz statt, an der als Braunschweiger Delegierte auch Minna Fasshauer teilnahm. Der Bericht darüber begründete die Umbenennung des bestehenden Vereins in „Bildungsverein jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter“.

Der paritätische Jugendausschuß, dem je 4 Vertreter der Partei, der Gewerkschaften sowie des Bildungsvereins angehörten, organisierte auch die am 30.1.1909 im Saal des Gewerkschaftshauses stattfindende erste öffentliche Versammlung des Bildungsvereins, zu der mehr als 500 Jugendliche beiderlei Geschlechts erschienen waren.

Die Jugendlichen, unter ihnen Minna Faßhauer, entwickelten in dem Lernprozess einen klaren Klassenstandpunkt. Die Organisiertheit aller Teile der Arbeiterschaft spielte in der Zeit bis zur November-Revolution eine wichtige Rolle. In den bisherigen Berichten wurde schon deutlich, dass in dieser Zeit das Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft gestärkt wurde, die entschieden Widerstand gegen die sich verschärfende Lage in Braunschweig entwickelten. Um die Menschen zu verstehen, die Träger der Ereignisse waren, müssen wir in diesem Bericht etwas ausführlicher werden, vergessen aber nicht, dass die Ereignisse unter der Herrschaft von Ernst-August stattfanden!

Das Elend in der alltäglichen Realität schärfte wie auch die aufklärerische Berichterstattung im Volksfreund das Bewußtsein der Braunschweiger Arbeiterschaft. Am 12. Februar 1909 titelt der Volksfreund:

**Die Jugend voran!**

Das ureigene Bedürfnis der Menschen nach Bildung wird beschrieben und die Strategie des Bürgertums, diese zu verhindern oder ihren Interessen unterzuordnen, entlarvt:





**Deutscher Herbst 1914**



Eine Anweisung des Kriegsministeriums bereits vom 7. August 1914 hatte die Zivilbehörden angewiesen, die Mitglieder von Krieger- und Schützenvereinen zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung heranzuziehen und mit deren Ausbildung inaktive Offiziere oder Unteroffiziere pp. zu beauftragen. Man rechnete also mit Unruhen wegen der zunehmenden Lebensmittelknappheit und -teuerung infolge des Krieges und rüstete nach innen gegen die eigene Bevölkerung!







Während die Berichterstattung in Deutschland noch gewährleistet war, wurde ab dem

4. Dezember 1915 die Presse zensiert: Fünf von sieben kleinen Anfragen – in den Reichstagsdrucksachen publiziert – erschienen im Volksfreund als weiße Fläche.



Der Volksfreund beschreibt die Not der Bevölkerung am 2. November 1915:

„Wie hoch die Flut des Unmutes über die Lebensmittelteuerung in der Bevölkerung bereits gestiegen und wie entschlossen ihr Wille ist, ein gründliches Abdämmen des Lebensmittel-wuchers zu fordern, das bewies jedem, der sehen wollte, die öffentliche Versammlung, die gestern vom Sozialdemokratischen Verein in den großen Saal des Wilhelmsgartens einberufen war (...) Einmütig stimmte die Versammlung den Forderungen zu, die in folgender Entschließung erhoben wurden:

Die durch gewissenlose Produzenten und Großspekulanten während der Kriegszeit wucherisch in die Höhe getriebenen Lebensmittelpreise haben eine außerordentliche Notlage weiter Schichten der Bevölkerung herbeigeführt. Die Versammelten fordern deshalb ein schleuniges behördliches Eingreifen der Braunschweiger Landesregierung und der Reichsregierung auf folgender Grundlage:

1. Festsetzung von mäßigen Höchstpreisen für Produzenten, Groß- und Kleinhandel. Die Höchstpreise haben sich nicht an die gegenwärtigen, wucherisch hochgeschraubten Marktpreise zu halten; sie sind viel mehr so festzusetzen, dass dem Produzenten und Händler lediglich der Durchschnittsprofit normaler Friedensjahre bleibt.
2. Höhere Aufwendungen für die Einfuhr von Gebrauchsartikeln und Lebensmitteln vom Ausland sind aus Reichsmitteln zu decken. Die Einfuhr ist durch die Zentraleinkaufs-gesellschaft kaufmännisch zu leiten. Diese Reichsaufwendungen für Lebensmittel sind durch Besteuerung der Kriegsgewinne zu decken.

3. Rationierung (Kartenausgabe) für Fleisch, Fleischwaren, Butter und Speisefetten.

4. Beschlagnahmerecht der Gemeinden für Lebensmittel. Beschlagnahmepflicht auf

Anweisung des Ministeriums des Innern.

1. Produktionszwang auf zwangsgenossenschaftlicher, kommunal- und staatsbetrieblicher Grundlage.
2. Die Gemeinden müssen zur Lebensmittelversorgung angehalten werden. Die Abgabe ist so zu regeln, dass in erster Linie die minderbemittelte Bevölkerung berücksichtigt wird und die Waren zu mäßigen Preisen erhält. Durch Kartenausgabe (Rationen-einteilung) muß vermieden werden, dass einzelne Personen größere Quantitäten erwerben, während andere leer ausgehen. Für Familien und Hinterbliebene minderbemittelter Kriegsteilnehmer soll von den Gemeinden ein ermäßigter Preis festgesetzt werden.

Sofort erforderlich sind Höchstpreise und Beschlagnahmerecht für folgende Lebensmittel: Vieh, Fleisch, Fleischwaren, Seefische, Milch, Butter, Käse, Eiern, Oele, Fette, Hülsenfrüchte, Gemüse.

Erhebliche Herabsetzung der Höchstpreise ist erforderlich für Getreide, Mehl, Kartoffeln, Kartoffelmehl, Kartoffelpräparate, Zucker, Spiritus, Leber.

Kartoffeln und Heizmittel sind den Kriegerfamilien aus Reichsmitteln kostenlos zu liefern. Die Versammelten fordern die sofortige Einberufung des Reichstags. Vom Reichstag erwartet die Versammlung ein sofortiges selbständiges Eingreifen in die Lebensmittelversorgung auf der angegebenen Grundlage.

Sollte die Reichsregierung sich wider Erwarten diesen berechtigten und dringlichen Forderungen entgegenstellen, so muß der Kampf gegen den Lebensmittelwucher mit allen verfügbaren parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln durchgekämpft werden.

Die Versammlung beschloss, eine Deputation von Frauen an das Herzogliche Ministerium zu senden, um die Forderungen vorzulegen. Die Regierung soll begreifen, dass in der unter dem Wucher leidenden Bevölkerung ein Wille herangereift ist, der stahlhart entschlossen ist, wegzuräumen, was der Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln im Weg steht. Die Stimmung ist so knapp als richtig zusammen gefaßt in diesen vier Worten:

**„Not kennt kein Gebot!“**

Die Deputation von Frauen wurde von **Minna Faßhauer** geführt, die in der nächsten Sitzung des Magistrats verfolgte, wie die sozialdemokratischen Stadtverordneten die beschlossenen Forderungen vertraten und sprach als erste in der Diskussion:

**„Sie haben die Ausführungen gehört und durch Ihren Beifall bewiesen, dass Sie einverstanden sind. Wie groß die Fleischnot ist, das beweist die Menge von Menschen, die heute nach der Freibank gehen. Es ist solch ein Gedränge, dass Polizisten dort Ordnung schaffen müssen. In der Kartoffelfrage ist es dringend Zeit, dass zugegriffen wird. Wir haben Opfer gebracht, aber wir verlangen auch von denen, die vom Vaterlande große Stücke Boden besitzen, dass sie Opfer bringen. Wir wollen eine Deputation zu den Ministern schicken und ihnen sagen, dass die deutschen Arbeiter nicht mehr hungern wollen!** (Stürmischer Beifall.)

Die Stimmung gibt auch der Wortbeitrag des Genossen Maaß wieder: „Es ist die höchste Zeit, dass die Frauen ihr Recht verlangen. Unser Stadtmagistrat taugt überhaupt nichts. (Stürmische Zustimmung der Versammlung.) **Wir wollen endlich vorstellig werden und sagen: bis hierher und nicht weiter!** (Beifall.)

Deutlich wird, dass diese Unmutsäußerungen lediglich die Spitze des Eisbergs darstellen!

**Der Sparzwangstreik**

Die allgemeinen Belastungen, die der Bevölkerung aus dem nun fast zwei Jahre dauernden Krieg erwuchsen, wurden im April 1916 durch eine Verordnung des Generalkommandos verschärft, die den jugendlichen Arbeitern das Recht nahm, über ihren Lohn zu verfügen.

Volksfreund“ am 27.4.1916: „Wilhelm Brackes (...) mannhafte Haltung während des Krieges 1870/71 ist der Braunschweiger Arbeiterschaft unvergessen, wie sie der deutschen Arbeiter-bewegung unvergessen bleibt.“ Das wirkt auf die Arbeiterjugend wie eine Aufforderung, der erlassenen Anordnung des Sparzwanges wie Bracke mannhaft entgegenzutreten.

Am 22.4.1916 hatte das Generalkommando, gestützt auf die Erklärung des Kriegszustandes sowie anderer Bestimmungen „eine Beschränkung der Freiheit unserer Jugend, auch in der Verfügungsgewalt über ihren Arbeitsverdienst“ verlangt. Den Jugendlichen sollte nur ein Teil ihres Lohnes ausgezahlt, der Rest einem Konto gutgeschrieben werden, über das sie nur unter bestimmten Bedingungen verfügen konnten.

Die Berufung auf die öffentliche Sicherheit und der hohe Verdienst war eine Verhöhnung der Arbeiterjugend. Zweck der Anordnung war, zusätzliche Mittel zur Bezahlung des Krieges aus der Bevölkerung zu pressen. Die Empörung unter der Arbeiterjugend war groß. Selbst Repressionsmaßnahmen in den Betrieben – „Wenn ihr diese Anordnung nicht befolgt und nicht aufhört zu protestieren, sorgen wir dafür, dass ihr eingezogen werdet“ - konnte die sie nicht beruhigen.

Gleichzeitig fand in Jena eine illegale Arbeiterjugendkonferenz statt, in der die Lage der Arbeiterjugend analysiert und die Aufgaben der Organisationen festgelegt wurden. Zwei Delegierte aus Braunschweig nahmen teil. So wurden die Ergebnisse der Konferenz in Braunschweig bekannt und bestätigten die Jugendlichen in ihrer Absicht, den geplanten Lohnraub zu verhindern.

**Die Vorbereitungen des Streiks**

Im April 1916 nahm eine Mitgliederversammlung des Bildungsvereins zum Sparzwang Stellung. Nach Diskussion wurde dem Generalkommando eine Entschließung zugeleitet und die Zurücknahme der Sparzwangsanordnung verlangt. Bei den meisten Jugendlichen bestand Klarheit darüber, dass eine Resolution allein nicht genügen würde, das Generalkommando zur Zurücknahme der Verordnung zu bewegen. So wurde im paritätischen Jugendausschuß ein Antrag zur Ausrufung eines Streiks der jungen Arbeiter gestellt. Alle hier beteiligten Jugendlichen sahen schärfere Mittel zur Abwehr des Sparzwangs als notwendig an.

Dazu erschien ihnen ein Streik aller jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter als geeignetes Mittel. Und sie entschieden sich für einen spontanen Streik. Die dazu notwendigen finanziellen Mittel sollten während der am 30.4. stattfindenden Maikundgebung der Partei gesammelt werden.

Am 28. April begann in den Betrieben die Agitation für den Streik, hauptsächlich bei der Miag (früher Amme, Gieseke und Konnegen, AGK). Abends waren diese Vorbereitungen im Wesentlichen abgeschlossen. Der Streikbeginn am 1. Mai 1916 war gesichert.

**Der Beginn des Streiks**

Am 1. Mai, morgens 8 Uhr, legten alle Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter bei AGK die Arbeit nieder und verließen den Betrieb. Andere Betriebe schlossen sich im Laufe des Tages an. Die Jugendlichen forderten die auf dieser Veranstaltung anwesenden Streikenden zu einer anschließenden Versammlung auf. Die „Polizeibegleitung“ wurde abgeschüttelt, und außer-halb des Kompetenzbereiches der Stadtpolizei hielten mehrere hundert Jugendliche an der Schunterbrücke ihre erste Streikversammlung ab. Die Auswirkungen des entschlossen begonnenen Streiks zeigten sich am Morgen des 2. Mai: Die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter der Firma Büssing, Luther und Jüdel legten ebenfalls die Arbeit nieder.

**Die Polizei verschärft die Lage**

Die zweite Streikversammlung war am 2. Mai im „Ölper Waldhaus“. Auf Antrag wurde beschlossen, über die Partei und die Gewerkschaften mit dem Generalkommando Verhand-lungen über die Aufhebung des Sparzwanges einzuleiten. Ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Maßnahmen zeigte sich in einem Demonstrationszug in die Stadt. Auf der Celler Straße, in Höhe des Gasthauses „Weißes Roß“, gelang es der Polizei und der Feuerwehr noch, den Zug aufzulösen. An diesem Tage begannen die bis zum 5. Mai andauernden Zusammenstöße mit der Polizei.

Auf der am 3. Mai stattfindenden Streikversammlung im Mastbruch beschlossen bereits mehr als 2 000 Jugendliche eine Demonstration vor dem Rathaus. Treffpunkt war 12 Uhr auf dem Hagenmarkt. Der Polizei gelang es nicht, den Zutritt der Jugendlichen zum Hagenmarkt zu verhindern. Um 12 Uhr war der Platz voll von Demonstranten.

Hier steigerte sich besonders die Erregung unter den Frauen, die vor der Firma Weihe auf die Ausgabe von Kartoffeln warteten. Als unter ihnen bekannt wurde, dass der Inhaber der Firma, Fischer, erklärt haben soll: „Wenn die Frauen keine Kartoffeln kriegen, sollen sie Kartoffel-schalen fressen. Für das Pack ist das gerade gut genug“, war wenige Augenblicke später das Geschäft gestürmt und ausgeräumt. Die Polizei ging jetzt brutal gegen Frauen und Jugend-liche vor. Mehrere Stunden versuchte sie ohne Erfolg, den Hagenmarkt und die anliegenden Straßen von Demonstranten zu säubern. Erst abends ließen die Zusammenstöße nach.

**Neue Verhandlungen**

Das Generalkommando will mit einer Delegation von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären in Hannover sprechen, was zunächst v. Linde-Suden, Chef des Generalkommandos, ebenso wie Forderungen der Delegation ablehnte. Nachdem er aber vom Braunschweiger Garnisonskommandant v. Münchhausen telefonisch davon unterrichtet wurde, dass die Polizei in Braunschweig nicht mehr Herr der Lage sei, zeigte er sich zugänglicher. Er erhöhte die wöchentlich auszuzahlende Summe von 16,- auf 24,- Mark.

**Versammlung am 3.5.1916 im „Wilhelmsgarten“**

Bei der „Genehmigten Versammlung“ im „Wilhelmsgarten“ war der Saal brechend voll. Dass die Delegation von Hannover kommend auf dem Wege zum Versammlungslokal von der Polizei mit „Plempen“ bearbeitet wurde, entschied von vornherein den Ausgang dieser Versammlung. Alle Versuche der „persönlich einflussreichsten Politiker“, die den Abbruch des Streiks erreichen wollten, waren vergeblich.

Nach Angriffen der Polizei auf die Jugendlichen auf dem Nachhauseweg, die sich dagegen zur Wehr setzten und die Polizei zum Rückzug zwangen, marschierten sie die Fallersleber Straße hinunter und unterstrichen damit ihre Bereitschaft, den Streik so lange fortzusetzen, bis das Generalkommando die Sparzwang-Anordnung aufheben würde.

**Die Polizei, nicht mehr Herr der Lage, forderte jetzt das Militär zum Eingreifen auf. Zum Einsatz kam das Husarenregiment 17, welches bis spät in die Nacht gegen die Streikenden ritt. Rücksichtslos schlugen sie dabei auch auf Frauen, Kinder und andere Bürger ein. Aber selbst durch diesen rücksichtslosen Einsatz war die Streikfront der Jugendlichen nicht zu erschüttern.**

Die Gewerkschaften erklären am 4. Mai: „Wenn die Sparzwangsanordnung bis Sonnabend, den 6.5.1916, nicht zurückgenommen ist, tritt die gesamte Braunschweiger Arbeiterschaft am Montag, dem 8. Mai, in den Generalstreik.“

**Das Generalkommando kapituliert**

**Diese klare Positionierung des Gewerkschaftskartells entschied den Ausgang des Kampfes**. Obwohl die Polizei- und Militärbehörden jetzt nichts unversucht ließen und die drohende Niederlage mit Gewalt zu verhindern suchten, war die Streikfront unerschütterlich. Daran änderte auch die Verhängung des Belagerungszustandes nichts. Plakate und Zeitungsmeldungen gaben am 6. Mai 1916 bekannt, das GKdO sehe sich veranlasst, seine Verordnung vom 22.4.1916 aufzuheben.

Für die erlittene Niederlage rächte sich das Generalkommando: August Thalheimer und mit ihm fast alle Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr vollendet hatten, wurden eingezogen und auf die Schlachtfelder geschickt.

**Der Liebknechtstreik**

Die direkte Verbindung der Braunschweiger Opposition zur Zentrale der Spartakusgruppe, ihre Beteiligung an den wichtigsten Konferenzen und der Ausarbeitung ihrer Leitsätze waren wenig später auch beim Liebknechtstreik bestimmend. Der Einfluß der Spartakusgruppe in der Arbeiterschaft wurde größer, der Organisationsgrad nahm zu. Wenige Wochen nach dem Kampf der Arbeiterjugend kam das beim Streik aus Anlaß des Prozesses gegen Karl Liebknecht zum Ausdruck.

Bekanntlich wurde Karl Liebknecht, nachdem er am 1. Mai 1916 in Berlin 10 000 demonstrie-renden Arbeitern zugerufen hatte: „Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg!“, vor Gericht gestellt und verurteilt. Dieser Ruf Liebknechts wurde, wie in ganz Deutschland, auch in Braunschweig von der Arbeiterschaft aufgegriffen. Mit den jetzt beginnenden großen Aktionen des antimilitaristischen Kampfes in Deutschland trat die Entwicklung in ein neues Stadium.

**Vorbereitungen zum Streik**

Auch an die Braunschweiger Gruppe erging die Aufforderung, gegen die beabsichtigte Verurteilung Karl Liebknechts zu protestieren. Auf der nächsten Besprechung wurde darüber beraten und ein Streik am Tage des Prozeßbeginns gegen Liebknecht beschlossen.

Dieser Beschluß wurde allen Vertrauensleuten in den Betrieben mit der Weisung übermittelt, mündlich und schriftlich mit der Agitation für diesen Streik zu beginnen. Der örtliche Aufruf zum Streik:

Arbeiter Braunschweigs!

Morgen soll Karl Liebknecht verurteilt werden.

Das darf nicht sein.

Liebknecht kämpfte für uns – kämpfen wir für ihn!

Laßt ihn nicht im Stich!

Heraus zum Generalstreik!

Verlaßt um 12 Uhr geschlossen den Betrieb!

Nieder mit der Regierung!

Für Friede, Freiheit und Brot!

Noch während der Nacht zum 27. Juni konnten 4000 Handzettel dem größten Teil der betrieb-lichen Vertrauensleute zugeleitet werden. Der Rest gelangte mit Arbeitsbeginn in die Betriebe. Der Volksfreund unterstützte die Braunschweiger Arbeiterschaft mit ständiger Berichterstat-tung über die Haltung Liebknechts, der die bestehenden Zensurbestimmungen umging und alle Reichstagsdebatten veröffentlichte.

**Spartakus in Braunschweig**

In der ersten Hälfte des Jahres 1915 trafen sich in einer anfänglich noch losen Gruppe Braunschweiger Mitglieder und Funktionäre der SPD zusammen, die mit der Bewilligung der Kriegskredite nicht einverstanden waren. Regelmäßig trafen sie wöchentlich im „Fürstenhof“ oder in „Kochs Restaurant“ zusammen.

Aus diesem Diskussionskreis bildete sich eine Gruppe, die das Programm der „Internationale“ um Karl Liebknecht als für sich verbindlich anerkannte und auf dieser Grundlage Klarheit unter der Arbeiterschaft über den Charakter des Krieges und die Möglichkeiten seiner Beendigung zu schaffen. An den Zusammenkünften beteiligten sich auch die oppositionellen Jugendlichen, die sich der unter Führung von August Merges stehenden Gruppe anschlossen.

Durch ihn und August Thalheimer (zu dieser Zeit Redakteur am „Volksfreund“) war die Verbindung zur Liebknechtgruppe hergestellt und gewährleistet, dass die Braunschweiger Gruppe

o an der Antikriegsarbeit in Deutschland beteiligt war,

o alle zentralen Materialien der Liebknechtgruppe erhielt und zur Verteilung brachte.

August Thalheimer nahm als Delegierter an der Reichskonferenz der Spartakusgruppe teil.

Nach der in Braunschweig stattgefundenen Aussprache nannte sich die Gruppe um August Merges „Spartakusgruppe Braunschweig“. Außer Aktionen durchzuführen versuchte sie auch eine Politik durchzusetzen, die sich von der des Parteivorstandes der SPD klar abgrenzte. Die Ereignisse der Jahre 1916 und 1917 zeigen, dass dies im wesentlichen gelungen ist. Bereits 1916 und 1917 hatte Spartakus Braunschweig in fast allen Betrieben Vertrauensleute, vielfach auch Gruppen, mit deren Hilfe die jeweiligen Aufgaben durchgeführt werden konnten.

**Der Streik beginnt am 27. Juni 1916**

Um 12 Uhr befanden sich mehr als 8 000 Arbeiter im Streik, danach die gesamte Arbeiterschaft und gab damit für ganz Deutschland ein hervorragendes Beispiel des antimilitaristischen Kampfes. Alle 8 000 Streikenden erschienen zu der von der Polizei genehmigten Versammlung im „Wilhelmsblick“. Nachdem August Merges die Gründe dargelegt hatte, die zum Prozeß gegen Liebknecht geführt haben, wurde von der Versammlung einstimmig die folgende Resolution gebilligt.

Selbst das Massenaufgebot an Polizei und Militär vermochte trotz aller Einschüchterungs-versuche nicht, diesen einstimmigen Solidaritätsbeweis für Karl Liebknecht zu verhindern.

Neben der Anwendung der üblichen Gewaltmethoden versuchte das Generalkommando in Verbindung mit den Braunschweiger Metallindustriellen, diesen Streik durch die teilweise Erfüllung ökonomischer Forderungen der Arbeiterschaft abzuschwächen oder ganz zu verhindern.

„Die heute, den 28. Juni 1916, im „Wilhelmsblick“ versammelten, ausständigen Arbeiter Braunschweigs erklären:

Die Braunschweiger Arbeiterschaft hat die Arbeit niedergelegt, um gegen die Verhaftung und gegen das gerichtliche Verfahren, das den Genossen Karl Liebknecht mit Zuchthausstrafe bedroht, zu protestieren. Durch die Arbeitsniederlegung sollte zugleich dem tapferen Genossen Liebknecht, der durch Wort und Tat dem Volk seine Treue bewiesen und der unermüdlich für die Beendigung dieses Weltkrieges gewirkt hat, die Sympathie der Braunschweiger Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht werden.

Nachdem dieser Zweck erreicht ist, erklärt die Braunschweiger Arbeiterschaft, die Arbeit am Donnerstag, dem 29. Juni, früh wieder aufzunehmen. Die versammelten Arbeiter erklären jedoch, dass sie erwarten, dass bei und nach Wiederaufnahme der Arbeit keine Maßregelungen und Einberufungen reklamierter Arbeiter stattfinden und dass alle Beziehungen in den Betrieben dieselben bleiben wie vor dem Ausstande.

Des weiteren erklären die Braunschweiger Arbeiter, dass sie erbittert sind über die Unfreiheit, die der Belagerungszustand schafft, über die Auswucherung des Volkes, über die Beschränkungen, die ihrem Blatt, dem „Volksfreund“, durch die erneute Vorzensur auferlegt worden sind.

Die Braunschweiger Arbeiterschaft leidet mit ihren Familien schwer unter der überaus mangelhaften Versorgung mit Lebensmitteln aller Art, besonders mit Fleisch und Fett und Kartoffeln. Diese fehlerhafte und mangelhafte Versorgung schädigt schwer die Gesundheit und die Arbeitskraft des Volkes. Hier muß Abhilfe geschaffen werden.

Die Braunschweiger Arbeiterschaft protestiert ferner gegen die nutzlose Verlängerung des Krieges, in dem das ganze Volk kapitalistischen Interessen geopfert wird. Ein sofortiger Friede ist möglich, wenn die Regierung auf alle Annexionen Verzicht leistet und unverklausuliert ihren Friedenswillen bekundet. Die Braunschweiger Arbeiterschaft fordert die Regierung auf, alles zu tun, was den Krieg beendigen und den Frieden herbeiführen kann.

Nimmt die Braunschweiger Arbeiterschaft die Arbeit wieder auf, so erwartet sie, dass allen Forderungen und Wünschen die sie geäußert hat, von allen leitenden Behörden und Instanzen Rechnung getragen wird.

Sollte dem nicht so sein, so behält sich die Braunschweiger Arbeiterschaft vor, von allen ihr

zustehenden Rechten zu gegebener Zeit Gebrauch zu machen.“

**Nach dem Streik**

Die Polizei wurde fieberhaft tätig. Das ging von geheimer Postsperre über Haussuchungen bis zur Überprüfung der Schreibmaschinen im Volksfreund, um den oder die Hersteller der Flug-blätter festzustellen. Arbeiterfunktionäre wurden in militärische Sicherheitshaft genommen, mussten allerdings nach 3 Monaten gegen Entschädigung wieder freigelassen werden. Erneut wurden viele Arbeiter zum Militär eingezogen. Alle diese Gewaltakte wurden im Bericht des X. AK. vom 25.9.1916 als „…eine rein militärische Maßnahme, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit unbedingt geboten sei, um drohende Revolten, wie sie schon einmal in Braunschweig stattgefunden hatten, (...) zu verhüten.“

**Auch der herzogliche Gesandte in Berlin, v. Boden, zerbrach sich den Kopf, wie die zu erwartenden Revolten für die Zukunft auszuschließen seien. In einem Schreiben vom 2.9.1916 riet er dem Staatsministerium, führende Funktionäre mehrfach in Sicherheits-haft zu nehmen. Und er begründete seinen außerhalb der Legalität gegebenen Rat: „…Eine direkte Ausweisung aus dem Bezirk könnte, wie mir scheint, hier als eine von dem während des Krieges geübten Verfahren etwas abweichende Maßnahme angesehen werden.“**

**Der Streik am 4. November 1916**

Am 4. November 1916 fanden aus Anlaß der Berufungsverhandlung im Liebknecht-Prozeß in Braunschweig weitere antimilitaristische Aktionen statt. Aufgerufen hatte die Spartakus-gruppe. Die Arbeiter erschienen auf dem Hagenmarkt zu der nicht genehmigten Versamm-lung. Die Arbeiter wurden über den Zweck der erneuten Protestveranstaltung unterrichtet. Die sofort einsetzenden Polizeimaßnahmen konnten die geplante Demonstration verhindern, aber nicht die Diskussionen auf dem Hagenmarkt. Aus einem Polizeibericht geht hervor, dass sich im Laufe des Abends mehrere tausend Arbeiter beteiligten:

3.35 Uhr: bei der Firma Luther hören um 4 Uhr sämtliche Leute auf zu arbeiten.

3.50 Uhr: die Leute, die nach Büssing zur Nachtschicht gehen, fangen alle pünktlich zu arbeiten an.

4.00 Uhr: Vor Büssings Fabrik, um 3.50 Uhr hören die Leute auf. Überstunden werden nicht

gemacht. Die Leute der Nachtschicht arbeiten; was morgen werden soll, wird erst noch

beraten.

4.20 Uhr Die Leute von AGK haben pünktlich um 3.50 Uhr aufgehört und sind den gewöhnlichen Weg nach Haus gegangen. Pröve hat von dem Buchhalter Plättner gehört, dass sich die Leute verabredet haben, um 5 Uhr auf dem Hagenmarkt zu sein. Der Bäckermeister Bockmann, Rosstr., hat das bestätigt.

4.52 Uhr Die Leute von AGK haben um 3.50 Uhr fast alle aufgehört zu arbeiten und haben sich verabredet, um 5 Uhr auf dem Hagenmarkt zu sein.

5.05 Uhr An der Wendenstraße haben sich Trupps von 50 Mann gesammelt. Es werden aber immer mehr.

5.10 Uhr 150 Mann stehen an allen Ecken auf dem Hagenmarkt.

5.20 Uhr Die Maurer auf dem Flugplatz haben aufgehört. Sie arbeiten sonst bis 5 3/4 Uhr.

5.30 Uhr Von der Fabrik Grotian gehen die Leute in kleinen Gruppen und auch einzeln zum Hagenmarkt.

8.00 Uhr Verstärkung der Schutzmannschaft rückt aus.

10.55 Uhr: Auf dem Hagenmarkt ist alles ruhig. Die Beamten sind um 11 Uhr entlassen.

Lages, Polizeikommissar

Jede Spekulation darauf, die antimilitaristische Front in Braunschweig spalten zu können, erwies sich als Trugschluß.

Die Berichte über diese beiden großen Streiks (der dritte folgt im nächsten Bericht) sind auszugsweise entnommen aus:

„50 Jahre November-Revolution“, eine Dokumentation über die revolutionären Kämpfe der Braunschweiger Arbeiter am Vorabend der Novemberrevolution, Robert Gehrke/Robert Seeboth, Selbstverlag 1968

Ergänzt durch Berichte aus dem Volksfreund

**Schlussbemerkung:**

Über August Merges ist vieles bekannt und kann nachgelesen werden, aber über die Volkskommissarin für Volksbildung und Volkswohlfahrt, Minna Faßhauer, die eng mit August Merges zusammen gearbeitet hat, ist noch zu wenig bekannt. Diese Berichtsreihe soll dazu beitragen, das zu ändern. Ebenso soll noch an die November-Revolution und die durch sie erkämpften Erfolge erinnert werden, die heute schon wieder verteidigt werden müssen. Das tun wir in der nächsten Woche in

**Bericht 8**

Heide Janicki